

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 18.04.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: 17:55 Uhr bis 18:05 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen

Herr Bürgermeister Helling

Frau Bürgermeisterin Schrader

CDU

Herr Nettelstroth

Fraktionsvorsitz

Frau Brinkmann, P.

Frau Grünewald

Herr Henrichsmeier

Herr Hoffmann

Herr Jung

Frau Kammeier

Herr Kleinesdar

Herr Kleinkes

Herr Krumhöfner

Herr Lux

Herr Meichsner

Frau Niederfranke

Herr Nolte

Frau Osthus

Herr Röwekamp

Herr Rüther

Herr Strothmann

Herr Prof. Dr. von der Heyden

Herr Weber

Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier

Fraktionsvorsitz

Frau Biermann

Frau Brinkmann, D.

Herr Franz

Frau Gorsler

Herr Grube

Herr Hamann

Frau Klemme-Linnenbrügger

Herr Kranzmann

Herr Lufen

Herr Nockemann

Herr Pläßmann

Frau Schneider

Herr Sternbacher

Herr Suchla

Herr Dr. Tsapos
Frau Viehmeister
Herr Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage Fraktionsvorsitz
Herr Geil ab 17:15 Uhr
Herr Grün
Herr Gutknecht
Frau Hellweg
Herr Julkowski-Keppler
Frau Keppler
Frau Pfaff
Herr Rees
Frau Dr. Schulze
Herr Dr. van Norden

Die Linke

Frau Schmidt Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün
Herr Ocak
Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Buschmann Fraktionsvorsitz
Herr Bolte
Frau Burkert
Herr Sander

BfB

Herr Schulze
Herr Delius

Bürgernähe

Herr Schmelz

Fraktions- und gruppenlose Ratsmitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Kähler Dezernat 5
Frau Ley Büro Oberbürgermeister
Frau Stude Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke Büro des Rates
Frau Grewel Büro des Rates
Frau Bockermann Presseamt
Herr Schlüter Presseamt

Nicht anwesend:

Frau Weißenfeld SPD
Frau Dr. Ober Bündnis 90/Die Grünen

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Dr. Kerbein Geschäftsführung FDP-Fraktion
Frau Aksamit Mitarbeiterin CDU-Fraktion
Herr Schmalen Mitarbeiter SPD-Fraktion

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Herr Werner (CDU-Fraktion) beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 „Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der Sanierung des Freibads Gadderbaum“ von der Tagesordnung abzusetzen. Der im Haupt- und Beteiligungsausschusses angesprochene Beratungsbedarfs hinsichtlich des Beschlusses der BV Gadderbaum beziehe sich auch auf diesen Punkt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 6 „Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der Sanierung des Freibads Gadderbaum“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 07.03.2013

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 07.03.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen .-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Gründung der Medizinischen Fakultät OWL in Bielefeld (Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2013)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachenummer: 5568/2009-2014 und
5636/2009-2014

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion vom 15.04.2013:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landesregierung NRW sowie bei den Landtagsabgeordneten für die Errichtung der Medizinischen Fakultät OWL am Universitätsstandort Bielefeld einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass nunmehr unverzüglich ein entsprechendes Konzept erstellt wird, um die Förderfähigkeit der Errichtung der Medizinischen Fakultät durch den Bund abzuklären.*
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die Bereitschaft des Regionalrats, der Hochschulen in OWL, der OWL-Wirtschaft und der Arbeitsgruppe der Kliniken in OWL, den Aufbau einer Medizinischen Fakultät OWL in Bielefeld aktiv zu unterstützen.*
- 3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung eines Vereins zur Errichtung und Förderung der Medizinischen Fakultät OWL an der Uni Bielefeld zu initiieren und darauf hinzuwirken, dass insbesondere die Kreise, die Hochschulen, die Kliniken, die Wirtschaft und die Bürgerschaft in OWL mitwirken.*
- 4. Der Verein zur Errichtung und Förderung der Medizinischen Fakultät OWL an der Uni Bielefeld soll auch Finanz- und Sachmittel sammeln, um die Medizinische Fakultät vor allem bei Stiftungsprofessuren zu unterstützen.*

Da in Düsseldorf die Situation anders eingeschätzt werde und die Resolution des letzten Jahres nicht ausreiche, müsse OWL sich wieder einbringen und selbst Aktivitäten entwickeln. Hintergrund sei die Diskussion im Landtag zu der Frage, ob ein Konzept für eine Medizinische Hochschule OWL in Bielefeld, das Voraussetzung für die Generierung von Fördermitteln sei, erstellt werden solle. Zwar habe auch das Land finanzielle Probleme, die CDU-Fraktion sei jedoch der Auffassung, dass sich eine derartige Investition lohne, was auch Studien der Universität Dresden bestätigen würden. Angesichts der Tatsache, dass jährlich 100 bis 160 ausscheidende Ärzte ersetzt werden müssten und schon jetzt ein erheblicher Ärztebedarf bestehe, wäre es an der Zeit, zu handeln. Der Oberbürgermeister sollte daher gebeten werden, bei der Landesregierung vorstellig zu werden und sich für die Erstellung eines Konzepts einzusetzen. Um deutlich zu machen, dass man in der Region tätig werden wolle, sollte der Oberbürgermeister ferner einen Förderverein initiieren, dessen Aufgabe es sei, alle Aufgabenträger (Gebietskörperschaften, Hochschulen, Wirtschaft, Kliniken) der Region einzubinden und - wie beispielhaft in Oldenburg - Stiftungsvermögen aufzubauen, mit dem später Stiftungsprofessuren gefördert werden könnten. Der Rat der Stadt Bielefeld sollte hierfür ein Startzeichen geben. Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei hingegen keine Weiterentwicklung, sondern würde nur den Ist-Zustand bestätigen.

Herr Fortmeier(SPD-Fraktion) begründet den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.04.2013:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld bekräftigt seine Position, wonach die Erweiterung der Universität Bielefeld um eine Medizinische Fakultät eine große Chance für Bielefeld und die Region darstellen würde.*
- 2. Der Rat begrüßt und unterstützt die einstimmige Positionierung des Regionalrates des Regierungsbezirks Detmold vom 22.10.2012, wonach zusätzliche Studienplätze für die Mediziner Ausbildung nicht nur an vorhandenen Standorten, sondern auch in OWL zu schaffen sind. Die vorgesehene Kooperation mit der Medizinischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum kann hierzu ein Einstieg sein.*
- 3. Der Rat begrüßt den Plan der Landesregierung, OWL zur Modellregion für die praktische Medizinausbildung zu machen.*

Er betont, dass eine Medizinische Fakultät in OWL, angesiedelt an der Universität, das übergeordnete Ziel sei und dafür als erster Schritt das Kooperationsmodell realisiert werden solle. Das von der CDU-Fraktion eingeforderte Konzept läge bereits vor; die Landesregierung werde in Kürze über die Bezirksregierung in Detmold zu ersten Informationsgesprächen einladen. Der Änderungsantrag seiner Fraktion stütze sich auf dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates vom 22.10.2012, der wortgleich auch den Inhalt des Punktes 3 des Antrages enthalte. Die CDU-Fraktion stelle diese Einstimmigkeit jetzt in Frage, in dem sie auch im Landtag in der gestrigen Debatte die Medizinische Fakultät sofort gefordert und das Bereitstellen der finanziellen Mittel für das Kooperationsmodell abgelehnt habe. Die SPD-Fraktion finde den eingeschlagenen Weg des Kooperationsmodells als ersten Schritt richtig und habe daher den Änderungsantrag gestellt. Über die Frage der Gründung eines Vereins könne ggf. in einer Sitzungsunterbrechung gesprochen werden.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass Einigkeit darüber bestehe, dass eine Medizinische Fakultät in Bielefeld wünschenswert sei. Aufgrund der fehlenden Finanzmittel und der Einschätzungen auf Bundesebene sei dies zurzeit jedoch nicht zu realisieren. Sie wirbt dafür, die Einigkeit hinsichtlich des Beschlusses des Regionalrates beizubehalten und den Schritt des Kooperationsmodells mit der Universität Bochum aktiv zu unterstützen. Sie sehe ansonsten die Gefahr, die Universität Bochum zu verprellen. Sie appelliert, gemeinsam vorzugehen, pragmatische Wege zu finden und keine unrealistischen Forderungen zu stellen.

Herr Delius (BfB-Gruppe) hält das Kooperationsmodell mit Bochum für einen guten Einstieg. Er spricht sich für die Gründung des von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Vereins aus, der parallel arbeiten sollte. Es müsse dafür gekämpft werden, dass eines Tages die Medizinische Fakultät nach Bielefeld komme und deshalb unterstütze seine Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) befürchtet, dass die Bielefelder Forderung nach einer Medizinischen Fakultät nicht ernst genommen werde, wenn der Rat keinen einstimmigen Beschluss fasse. Nur mit einer gemeinsamen Resolution könne eine Wirkung erzeugt und der Entschei-

dungsprozess in Gang gesetzt werden. Die eingeleiteten kleinen Schritte müssten unterstützt werden, jedoch dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass dadurch die Medizinische Fakultät nicht mehr erforderlich sei. Für eine Gesundheitsregion OWL werde eine wissenschaftliche Anbindung gebraucht und daher sollte versucht werden, eine gemeinsame Resolution zu formulieren. Sollte dies nicht gelingen, werde sich die FDP-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion anschließen.

Herr Schmelz (Bürgernähe) stellt dar, dass auch er weitere Anstrengungen zur Gründung einer Medizinischen Fakultät in OWL unterstütze und deshalb dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen werde. Bei der Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts Bielefeld sollte gleichzeitig aktive und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik betrieben werden. Deshalb sollten neue Hochschuleinrichtungen zukünftig möglichst nicht im Bielefelder Westen angesiedelt werden, sondern dort, wo auch andere Stadtteile davon profitierten, damit sich die Wissenschaftskultur stärker in der gesamten Stadt etabliere. Schon heute stoße die verkehrliche Infrastruktur im Bielefelder Westen an ihre Grenzen und werde durch die neuen Einrichtungen zunehmend belastet. Der Masterplan biete auch hier die Möglichkeit, für die Medizinische Fakultät die erforderliche Infrastruktur zu entwickeln und zu sichern. In der Stadtentwicklungsplanung sollte für eine sinnvolle Nachnutzung bereits bebauter Flächen gesorgt werden. Bund und Land sollten in diesem Umfang Angebote für den Standort der Medizinischen Fakultät gemacht werden.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) stellt noch einmal klar, dass das Konzept für die Beantragung der Fördermittel erforderlich sei. Die Kooperation mit der Universität Bochum sei sinnvoll, könne aber nur eine Übergangslösung darstellen. Auch Herr Fortmeier habe in einer Befragung durch Journalisten der Neue Westfälischen als langfristiges Ziel die Medizinische Hochschule in Bielefeld genannt. Er appelliert, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen. Wer seine Interessen deutlich machen wolle, müsse seine Ziele nennen und Eigeninitiative ergreifen. Deshalb sei es wichtig, den Verein zu initiieren. Der Bedarf für eine Medizinische Fakultät sei gegeben und auch die Universität müsse weiterentwickelt werden. Ohne Zeit zu verlieren müssten vorhandene Potentiale genutzt, verknüpft und weiterentwickelt werden.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) spricht sich im Namen seiner Fraktion auch für die Medizinische Fakultät aus. Es sei begrüßenswert, mehr Engagement zu zeigen, jedoch habe seine Fraktion mit der Gründung des von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Vereins ein Problem. Die Professurenstellen sollten nicht aus Stiftungsgeldern sondern von staatlicher Seite finanziert werden. Seine Fraktion beantrage daher die getrennte Abstimmung der Punkte 3 und 4 des Antrages der CDU-Fraktion; die Punkte 1 und 2 würden von der Fraktion Die Linke unterstützt.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) kritisiert, dass zurzeit eine „Scheindiskussion“ geführt werde, in der die Frage der Finanzierung außen vor bleibe und widerspricht den Aussagen von Herr Nettelstroth, wonach seitens des Landes nichts getan werde. Die Landesregierung habe fast 1 Mrd. Euro für den Ausbau der Universität und der Fachhochschule investiert und wenn man sich über den Ist-Stand austauschen wolle, müsse seines Erachtens die Anhörung im Landtag ausgewertet und geprüft werden, ob Nachbesserungen notwendig seien.

Herr Bürgermeister Helling (CDU-Fraktion) erläutert, dass es nicht richtig sei, dass der Regionalrat sich zwar für die Medizinische Fakultät eingesetzt habe, jetzt aber mit dem Schritt der Kooperation ausreichend zufrieden gestellt sei. Auch der Regionalrat verfolge weiterhin das Ziel der Medizinischen Fakultät in OWL; insofern sei der Eindruck, der die Ziffer 2 des Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwecke, falsch. Damit das Ziel aber erhalten bleibe, müsse versucht werden, mit Hilfe des Vereins „am Ball zu bleiben“.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) weist darauf hin, dass der Rat deutlich machen müsse, dass die Kooperation nur ein erster Schritt sei, die Medizinische Fakultät aber weiterhin das Ziel sei. Der Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spiegele dies nicht wieder. Um das Ziel zu erreichen, müsse der Rat aktiv werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen erinnert, dass der Rat am 20.09.2012 den Beitritt zu dem Memorandum „Allianz für Wissenschaft OWL“ beschlossen habe und dass ein Aspekt dabei die Errichtung eines Graduiertenkollegs Pflege und Gesundheit gewesen sei. Er berichtet, dass er am 10.04.2013 die Information erhalten habe, dass sich die Universität Bielefeld und die Fachhochschule Bielefeld im Projekt „Nutzerorientierte Versorgung bei chronischer Krankheit und Pflegebedürftigkeit“ zusammengefunden und in einem Wettbewerb des Wissenschaftsministeriums 1,5 Mio. Euro eingeworben hätten. Dahinter verberge sich die Ausbildung im Rahmen eines Graduiertenkollegs entsprechend des Ratsbeschlusses vom 20.09.2012. Dies mache deutlich, dass einstimmige Resolutionen bei einer Landesregierung mehr Gewicht hätten, als nur mit Mehrheit beschlossene Punkte.

-.-
Die Sitzung wird von 17:55 Uhr bis 18:05 Uhr unterbrochen.
-.-

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) berichtet über das Ergebnis der gemeinsamen Beratungen während der Sitzungsunterbrechung.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) bittet, den Punkt 5 getrennt abzustimmen:

Der Rat fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

- 1. Der Rat begrüßt die Kooperation der Medizinischen Fakultät der Universität Bochum mit den Kliniken in OWL und der Universität Bielefeld als ersten Schritt zur Errichtung einer Medizinischen Fakultät OWL an der Universität Bielefeld.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich für die Erstellung eines Konzepts für eine Medizinische Fakultät an der Universität Bielefeld einzusetzen, um die Förderfähigkeit durch den Bund abzuklären.**

3. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die Bereitschaft des Regionalrats, der Hochschulen in OWL, der OWL-Wirtschaft und der Arbeitsgruppe der Kliniken in OWL, den Aufbau einer Medizinischen Fakultät OWL in Bielefeld aktiv zu unterstützen.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Gründung eines Vereins zur Errichtung und Förderung der Medizinischen Fakultät OWL an der Uni Bielefeld zu initiieren und darauf hinzuwirken, dass insbesondere die Kreise, die Hochschulen, die Kliniken, die Wirtschaft und die Bürgerschaft in OWL mitwirken.
5. Der Verein zur Errichtung und Förderung der Medizinischen Fakultät OWL an der Uni Bielefeld soll auch Finanz- und Sachmittel sammeln, um die Medizinische Fakultät vor allem bei Stiftungsprofessuren zu unterstützen.

Zu Ziffer 1-4: - einstimmig beschlossen –

Zu Ziffer 5: - bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5

Weiterentwicklung des Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten mit Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5319/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt begrüßt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ i. S. d. § 7 TIntG NRW im Amt für Integration zum nächst möglichen Zeitpunkt, spätestens zum 31.07.2013.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Stellenumschichtungen und die Einrichtung einer vom Land NRW in vollem Umfang refinanzierten 0,5-Verwaltungsassistentenstelle zum nächst erreichbaren Stellenplan vorzusehen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die Kraft überplanmäßig bereitgestellt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Beschlusses nach Ziffern 1, 2 beim Land NRW unverzüglich einen Antrag auf Förderung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ zu stellen.
4. Die Umsetzung des Beschlusses steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Mittel durch das Land NRW.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der Sanierung des Freibads Gadderbaum

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

-.-.-

Zu Punkt 7

Bereinigung der Gesellschaftsstruktur der Stadtwerke Bielefeld GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5481/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die nachfolgende Umsetzung der Bereinigung der Gesellschaftsstruktur der Stadtwerke Bielefeld GmbH:

1. Der Veräußerung der von der Stadtwerke Bielefeld GmbH gehaltenen 100.000 Stückaktien an der European Energy Exchange AG (EEX AG) zum zuletzt festgestellten Aktienwert von 6,03 € pro Stück und somit zu einem Gesamtbetrag von 603.000 € wird zugestimmt.
2. Der Liquidation der Bielefelder Bäder- und Freizeiteinrichtungen GmbH (bis 2008 Komplementär-GmbH der Bielefelder Bäder- und Freizeiteinrichtungen GmbH & Co. KG) wird zugestimmt.
3. Der Veräußerung der von der moBiel GmbH gehaltenen Geschäftsanteile an der GO.ON Gesellschaft für Bus- und Schienenverkehr mbH zum Buchwert von 25.000 € zum 31.12.2013 wird zugestimmt.
4. Der Erhöhung der von der moBiel GmbH gehaltenen Geschäftsanteile an der OWL Verkehr GmbH von derzeit 6.300 € bzw. 18,26 % auf 10.650 € bzw. 30,87% wird zugestimmt. Darüber hinaus wird einer Stammkapitalerhöhung um 45.150 € durch die moBiel GmbH und somit einer Beteiligungserhöhung auf 55.800 € bzw. 30,92 % zugestimmt.
5. Die Beschlussfassungen zu 1 bis 4 stehen unter dem Vorbehalt eines positiven Abschlusses des nach § 115 GO NRW erforderlichen Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Gesamtabschluss 2010 der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5488/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2010 der Stadt Bielefeld wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2010 wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gem. §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW überwiesen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5333/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung (EigVO) wird dem Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld (BuO) für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 zugestimmt.

Es werden festgestellt:

Der Erfolgsplan mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1 (Anlage 1 der Vorlage), der Vermögens- und Finanzplan (Anlage 2 der Vorlage) und die Stellenübersicht (Anlage 3 der Vorlage) in der vorgelegten Fassung.

Die mittelfristige Erfolgsplanung und die mittelfristige Vermögens- und Finanzplanung werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Betriebsleitung wird weiterhin ermächtigt, auf der Basis des genehmigten Erfolgsplanes 2013/2014, bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2014/2015 Verpflichtungen bis zur Höhe von 70% des für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 geplanten spielplanbezogenen Aufwandes (Anlage 4 der Vorlage) einzugehen.

3. Die Einschränkungen der Übergangswirtschaft gelten für den Betrieb bis zum Erlass der Haushaltsverfügung der Bezirksregierung für den kommunalen Haushalt 2013 der Stadt Bielefeld fort. Sollten sich daraus Nebenbestimmungen bzw. Auflagen für die Durchführung des Wirtschaftsplanes ergeben, sind diese zu beachten und entsprechend umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 10

36. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung)

5. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. November 2001

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5463/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die 36. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld (KdS Grundstücksentwässerung) vom 22. November 1973 gemäß Anlage 1 der Vorlage und die 5. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung mit Gebührentarif vom 17. November 2001 gemäß Anlage 2 der Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 11

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 09.04.2013 Kenntnis.

Zu Punkt 12 **Bielefelder Kulturpreis 2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5494/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Frau Christiane Heuwinkel für ihre Verdienste als langjähriges Mitglied und Vorsitzende der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesellschaft e. V. sowie als Organisatorin des Film- und Musikfests der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesellschaft mit dem Bielefelder Kulturpreis auszuzeichnen.

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen gratuliert Frau Heuwinkel und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen der Stadt Bielefeld an Dritte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5109/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die „Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen der Stadt Bielefeld an Dritte“ laut Vorlage.

- bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen –

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Änderung der Mitglieder im Gremium Kommunale Gesundheitskonferenz Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5379/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die WEGE mbH, Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld, scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Gremium aus. Die Mitgliedschaft wird auf den Verein zur Förderung von Innovationen in der Gesundheitswirtschaft übertragen. Die Geschäftsstelle des Vereins ist das ZIG, Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL, das eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Kommunale Gesundheitskonferenz entsenden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes III/ BR 35 "Discounter Braker Straße/ Am Damm" für das Gebiet nördlich der Braker Straße und östlich der Straße Am Damm auf den Flurstücken 1437 und 1438 der Flur 11, Gemarkung Brake sowie Teile der öffentlichen Verkehrsfläche der Braker Straße sowie der Grundstraße gem. §§ 12 und 13a BauGB - Stadtbezirk Heepen - Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 5194/2009-2014 und
5194/2009-2014/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Das Ergebnis zu dem Prüfauftrag der Bezirksvertretung Heepen sowie des Stadtentwicklungsausschusses vom 13.09.2012 bzw. 02.10.2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahme der Polizei und der moBiel werden gemäß der Darstellung der Anlage A der Vorlage zurückgewiesen.
3. Die Anregungen der Deutschen Telekom werden gemäß der Darstellung der Anlage A der Vorlage zur Kenntnis genommen.
4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie zur Begründung des Bebauungsplanes Nr. III / Br 35 „Discounter Braker Straße/ Am Damm“ werden beschlossen.
5. Das Ergebnis zu dem Prüfauftrag des Stadtentwicklungsausschusses vom 26.02.2013 wird zur Kenntnis genommen. Die textlichen Festsetzungen zur Zulässigkeit von Werbeanlagen werden gemäß der Begründung zum Beschlussvorschlag (s. Vorlage) geändert.
6. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. III / Br 35 „Discounter Braker Straße/ Am Damm“ für das Gebiet nördlich der Braker Straße und östlich der Straße Am Damm auf den Flurstücken 1437 und 1438 der Flur 11, Gemarkung Brake sowie Teile der öf-

fentlichen Verkehrsfläche der Braker Straße sowie der Grundstraße wird gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Text und der Begründung als Satzung beschlossen.

7. Der Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung ist gemäß § 10 (3) BauGB bekannt zu machen. Der Bebauungsplan ist mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten.
8. Die Berichtigung des Flächennutzungsplanes gemäß Anlage B der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage und die Nachtragsvorlage sind als Anlagen Bestandteile der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 16

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/ St 35 "Gewerbegebiet Beckhof" für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Gildemeisterstraße/ im Bereich der Straße "Am Beckhof" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
- Stadtbezirk Sennestadt
Beschluss über Stellungnahmen / Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5343/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und den Beteiligungen der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß Anlage A 1 der Vorlage zur Kenntnis genommen.
2. Die vorgeschlagenen Änderungen der Verwaltung zu den Bebauungsplanfestsetzungen und zur Begründung werden gemäß Anlage A 2 der Vorlage beschlossen.
3. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 35 „Gewerbegebiet Beckhof“ für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Gildemeisterstraße / im Bereich der Straße „Am Beckhof“ wird mit Text und Begründung als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
4. Der Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 35 „Gewerbegebiet Beckhof“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 17

1. Ausschüttung des nicht verbrauchten Eigenanteils der
Ausbildungsverkehrs-Pauschale aus 2012
2. Festsetzung des bereitzustellenden Budgets nach 6.2 der
"Allgemeinen Vorschrift" für 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5388/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Verwendung der Ausbildungsverkehrs-Pauschale nach § 11 a ÖPNVG:

1. Die aus 2012 nicht verbrauchten Mittel der Ausbildungsverkehrs-Pauschale werden zusätzlich zu den Mitteln aus 2013 an Verkehrsunternehmen weitergeleitet.
2. Das bereitgestellte Budget nach Ziffer 6.2 der allgemeinen Vorschrift wird für das Jahr 2013 auf 96% der Landesmittel festgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 18

Wahl der Mitglieder des kommunalen Wahlausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5545/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass kein weiterer Wahlvorschlag vorliegt. Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages werden als Beisitzerinnen und Beisitzer des kommunalen Wahlausschusses gewählt:

		<u>als Beisitzer/in</u>	<u>als Stellvertreter/in</u>
1.	CDU	Holger Nolte Ratsmitglied	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied
2.	CDU	Frank Strothmann Ratsmitglied	Monika Kammeier Ratsmitglied
3.	CDU	Detlef Werner Ratsmitglied	Hartmut Meichsner Ratsmitglied
4.	SPD	Hans-Georg Fortmeier Ratsmitglied	Regina Klemme- Linnenbrügger Ratsmitglied

5.	SPD	Holm Sternbacher Ratsmitglied	Regina Kopp-Herr Sachk. Bürgerin
6.	SPD	Wilfried Schrammen Sachk. Bürger	Hanne Wünscher Sachk. Bürgerin
7.	Bündnis 90/ Die Grünen	Hartmut Geil Ratsmitglied	Elisabeth Rathsmann- Kronshage Ratsmitglied
8.	Bündnis 90/ Die Grünen	Klaus Rees Ratsmitglied	Joachim Hood Sachk. Bürger
9.	Die Linke	Dr. Dirk Schmitz Ratsmitglied	Hans-Dietmar Hölscher Sachk. Bürger
10.	FDP	Ursula Burkert Ratsmitglied	Florian Sander Ratsmitglied

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 19 Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)

Zu Punkt 19.1 Gesellschafterversammlung BBVG (Antrag der BfB vom 15.04.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5610/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umbesetzung:

Gesellschafterversammlung BBVG

Ordentliches Mitglied

bisher: Ralf Schulze

neu: Johannes Delius

Stellvertretendes Mitglied

bisher: Johannes Delius

neu: Ralf Schulze

- einstimmig beschlossen -

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 20 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 07.03.2013

Beschluss:

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung am 07.03.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 21 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 22 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 23 Liegenschaftsangelegenheiten

Zu Punkt 23.1 Verkauf des ca. 800 m² großen bebauten Grundstücks Engersche Str. 8 - Stadtbezirk Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5294/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld ist mit dem Verkauf des ca. 800 m² großen bebauten Grundstücks Engersche Str. 8 an die UK Immobilien Service GmbH zum Preis von 175.000,-- € einverstanden.

Für den Fall, dass ein Verkauf an diese GmbH nicht gelingt, ist der Rat mit dem Verkauf des Grundstücks an die Zweithöchstbietende HausGrund Invest GmbH & Co. KG zum Preis von 166.000,-- € einverstanden.

Für den Fall, dass wiederum ein Verkauf an die GmbH & Co. KG nicht gelingt, ist der Rat mit dem Verkauf des Grundstücks an die Dritthöchstbietende Frau Faik Berse zum Preis von 157.000,-- € einverstanden.

Sollte ein Verkauf zum Höchstgebot nicht realisiert werden können, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob es rechtlich möglich ist,

dem Mieter (Herr Demiray) hinsichtlich des Kaufs des Grundstücks zu dem dann geringeren Preis erneut die Möglichkeit zu geben, sein Angebot zu überdenken.

- einstimmig beschlossen -

-:-

**Zu Punkt 23.2 Ankauf eines 2.410 m² großen unbebauten Grundstücks an der Straße Am Botanischen Garten von der Ev.-Lt. Martini-Kirchengemeinde
- Stadtbezirk Gadderbaum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5320/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt ist mit dem Ankauf eines 2.410 m² großen unbebauten Grundstücks von der Ev.-Lt. Martini-Kirchengemeinde zu einem Kaufpreis 378.000,00 € einverstanden.

Dieser Beschluss steht unter der Bedingung, dass der Kaufpreis vollständig aus dem „Nachlass Generotzky“ und dem Verein der Freunde des Botanischen Gartens gezahlt wird und die Stadt lediglich die Vertragsnebenkosten übernehmen muss.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

-:-

**Zu Punkt 23.3 Ankauf eines 2.937 m² großen unbebauten Grundstücks an der Schlangenstraße
- Stadtbezirk Mitte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5345/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Ankauf eines 2.937 m² großen unbebauten Grundstücks an der Schlangenstraße von der Erbengemeinschaft Ahrens / Oberwittler zum Kaufpreis von 17,00 EUR/m², mithin 49.929,00 EUR.

- einstimmig beschlossen -

-:-

**Zu Punkt 23.4 Verkauf einer Eigentumswohnung in der Stapenhorststraße 59,
- Stadtbezirk Mitte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5358/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat beschließt den Verkauf der Eigentumswohnung Stapenhorststr. 59. zu einem Kaufpreis i. H. von 72.600,00 € an Herrn Christian Krause.
Für den Fall, dass ein Kaufvertrag mit Herrn Krause nicht geschlossen wird, beschließt der Rat den Verkauf an Herrn Atilla Özel zu einem Kaufpreis i.H. von 70.000,00 €
2. Der erzielte Verkaufserlös ist abzgl. der im Sachzusammenhang mit dem Erbe stehenden Kosten dem Tierpark Olderdissen als Spende zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 24 Bericht an die Presse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Es wird kein Bericht an die Presse vereinbart.

-.-.-

Oberbürgermeister Clausen
Vorsitz

Stude
Schriftführung